

Antragsbereich I / **Antrag I5****AntragstellerInnen:** Jusos Bayern**Empfänger:** Landesparteitag**Empfehlung der Antragskommission:** Erledigt durch Beschlusslage**I5: Sozialdemokratie und Sicherheitspolitik? Na klar geht das!****Sozialdemokratie und Sicherheitspolitik? Na klar geht das!**

Sicherheitspolitik ist immer auch linke Politik. Sicherheitspolitik beginnt nicht erst bei Vereitelung und Bestrafung

5 *von Straftaten, sie beginnt bei der präventiven Bekämpfung von strukturellen und sozialen Ungleichheiten, deren Symptome kriminelles Handeln ist. Dies umfasst Handlungsfelder im internationalen Kontext, um Terror, Krieg und Flucht zu verhindern, aber auch das Handeln*

10 *des Staates in Inneren. Bourdieu prägte den Begriff der linken Hand des Staates, die sich um die Interessen der Schwachen und um soziale Umverteilung bemüht, während die rechte Hand die Repression symbolisiert.*

15 Nicht selten wird die rechte Hand des Staates als Instrument der Unterdrückung und der Durchsetzung der Interessen der Starken gegen die Schwachen gesehen und ihre Stärkung als Angriff auf die Schwachen bewertet. Wir als Sozialdemokrat*innen und

20 Sozialist*innen verfolgen die Utopie einer Welt, die ohne Angst und ohne Gewalt auskommt; einer Welt, in der alle ein besseres Leben haben.

Die Diskussion über die Arbeitsweise der rechten

25 Hand dürfen wir trotzdem nicht den rechten Kräften überlassen. Die SPD hat große Probleme im Umgang mit dieser Diskussion, die sich in widersprüchlichem

Handeln manifestieren. Wir verurteilen die in trau-
30 riger Regelmäßigkeit vorgebrachten repressiven
und reaktionären Forderungen von AfD und CSU
auf Kriminalität und Terror. Die Sozialdemokratie
darf diesen populistischen Forderungen nicht auf
den Leim gehen und sie sich zu eigen machen. Es
ist unsere erklärte Aufgabe, diesen Vorstößen ent-
35 gegenzutreten und in der Diskussion um das neue
Bayerische Polizeiaufgabengesetz und der Auswei-
tung von Videoüberwachung die Bürgerrechte zu
verteidigen. Diese Rolle des Verteidigers darf aber
nicht unsere einzige Reaktion bleiben.

40
Es ist unser erklärtes Ziel, diesen Diskurs zu führen
und klar zu formulieren, wie sozialdemokratische
Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert aussehen kann.
Es bedarf eines ganzheitlichen Ansatzes, der Polizei-
45 gewalt und die Schaffung eines Überwachungsstaates
ablehnt, ohne den Diskurs über innere Sicherheit den
rechten Parteien zu überlassen.

Stigmatisierung von Arbeitssuchenden beenden

50
Einer der größten Erfolge neoliberaler Politik ist
die Stigmatisierung von Arbeitssuchenden. Der
Grundlegende Wille von Menschen, sich in unsere
Gesellschaft einzubringen, wurde in Frage gestellt
55 - jede Arbeitslosigkeit wurde als selbstverschuldet
dargestellt. Diese Stigmatisierung dürfen wir nicht
akzeptieren! Die Willkür in den Jobcentern / Agen-
turen für Arbeit muss beendet werden. Sanktionen
beim Arbeitslosengeld müssen ersatzlos abgeschafft
60 werden. Arbeitslose mit Kindern müssen für ihre
Kinder eine deutlich höhere Unterstützung erhalten.
Ebenso fordern wir ein Mindesteinkommen für Ar-
beitssuchende, das ein Armutsrisiko ausschließt. Nur

wer Teil des gesellschaftlichen Lebens bleiben kann,
65 trägt auch die Motivation und die Kraft in sich, eine
neue Stelle zu finden.

Gerade hier müssen die Agenturen für Arbeit in
Unterstützung- und Weiterbildungszentren umge-
70 wandelt werden. Der kapitalistische Gedanke der
Arbeitsvermittler*Innen, die Arbeitssuchende als
ihre Kunden behandeln, muss ein Ende finden. Wir
brauchen gezielte und menschenwürdige Förderung
statt Angstmache und Bestrafung.

75

Es ist nicht zuletzt eine Frage der Freiheit, angst-los
seinen momentanen Job aufgeben zu können - ohne
Zwang zu fachfremder oder schlecht bezahlter Arbeit.
Das gilt vor allem auch für unter 25-jährige und ältere
80 Menschen, die besonders strenge Repressionen beim
Arbeitslosengeld zu fürchten haben.

Spekulant*Innen vom Wohnungsmarkt vertrei- ben

85

Wohnen ist Grundrecht. Obwohl von der neoliberalen
Erzählung zum bloßen Eigentum und Spekulationsob-
jekt degradiert, ist die Wohnung ein Grundbedürfnis
für das Dasein eines jeden Menschen. Dieses Narrativ
90 wollen wir gegen den Widerstand der konservativen
politischen Kräfte durchsetzen, da jeder Mensch,
unabhängig von sozialer und geografischer Herkunft,
unabhängig von Beruf und gesellschaftlicher Aner-
kennung das Recht auf eine Wohnung hat.

95

Egal ob in Großstädten oder auf dem Land – die Woh-
nungssuche ist vor allem für Geringverdiener*Innen
und Familien mit mehr als drei Personen nahezu un-
möglich. Damit wird Wohnen immer mehr zu einem

- 100 Privileg der Reichen und derer, die Grundbesitz in
der Familie haben. Längst haben rechtsextreme und
rassistische Kräfte diesen Missstand erkannt und
instrumentalisieren dieses Problem für ihre Zwecke:
Arbeitssuchende, Geflüchtete, Alleinerziehende, jun-
105 ge und alte Leute werden gegeneinander ausgespielt.
Ein sicheres Land heißt für uns, dass niemand Angst
vor der Wohnungssuche haben darf und Fremden-
feindlichkeit keine Chance in unserer Gesellschaft hat.
- 110 Wir fordern daher staatliches Eingreifen, um das
Ansteigen der Mieten zu verhindern und um bezahl-
baren Wohnraum zu schaffen.

115 **Privatisierung von Sozialversicherungssystemen
und Infrastruktur stoppen**

- Die Wahrscheinlichkeit, im Alter arm zu werden, steigt
weiter an. Die Möglichkeit, dass immer mehr Teile der
öffentlichen Daseinsvorsorge privatisiert und damit
120 für einige Menschen unbezahlbar wird, entsteht. Das
neoliberale Ideal der Privatisierung zum Wohle aller
hat sich als Lüge im Interesse der Profite Weniger
herausgestellt.
- 125 Am eklatantesten ist wohl die Privatisierung der
Altersvorsorge. Die staatliche Subventionierung
profitorientierter Versicherungskonzerne, wie bei-
spielsweise in Form der Riester-Rente, muss ein Ende
haben. Wir fordern daher die Rückkehr zu einer
130 solidarischen, staatlich organisierten Altersvorsorge,
in die langfristig auch Selbstständige und Beamt*In-
nen einzahlen. Zusätzlich muss eine Mindestrente in
Höhe von mindestens 1.050,- € netto plus jährlichen
Inflationsausgleich gewährleistet werden, damit
135 Altersarmut ein für alle Mal beseitigt wird. Jeder

Mensch verdient die Sicherheit, im Alter in Würde leben zu können!

140 Auch die klassischen kommunalen Versorgungsdienstleistungen, Energie- und Wasserversorgung müssen wieder verstärkt in öffentliche oder genossenschaftliche Hand gelangen. Die Grundversorgung aller Menschen darf nicht von einem wankenden Markt abhängig gemacht werden, sondern muss lokal
145 und im Interesse aller Konsument*Innen gewährleistet werden.

Wir stellen uns außerdem gegen die in der letzten großen Koalition angestrebten Privatisierungen in
150 der Infrastruktur. Wir brauchen ein umfangreiches Investitionsprogramm in Infrastruktur, in der vor allem der Breitband- und Schienenverkehr gefördert wird und weniger der Individualverkehr. Auch müssen Straßen und Autobahnen in staatlicher Hand bleiben,
155 damit Privatkonzerne Straßen nicht zu Rendite machen können. Wir brauchen die Sicherheit, dass auch die Generationen nach uns Straßen bauen, sanieren und befahren können, ohne horrenden Kosten auf sich nehmen zu müssen.

160

Unser Kommentar zur konservativen „Sicherheitspolitik“

2017 endete mit dem für viele scheinbar überraschenden Ereignis, dass menschenfeindliche Einstellungen
165 in Deutschland noch immer Mehrheiten finden können und sogar Parteien davon so sehr profitieren können, sodass die AfD nun die drittstärkste Fraktion im Bundestag stellt. Uns überraschte dies nicht, im Gegenteil, die „Mitte in der Krise“, sowie „Deutsche Zustände“- Studien der letzten Jahre belegten ein
170

autoritäres und menschenverachtendes Potential in der deutschen Mehrheitsgesellschaft schon deutlich länger, als es die AfD gibt. Allein vor dem Hintergrund dieser Studien muss sich niemand mehr Illusionen darübermachen, dass die Personen, die die AfD wählen nur „missverstanden“ und „abgehängt“ sind oder das lediglich aus dem Grund maximaler Provokation tun.

180

Selbstverständlich ist für uns als Sozialist*Innen die Tatsache, dass diese menschenverachtende Einstellung und autoritäre Tendenz schon lange vorhanden ist, kein ausschließlich ausreichender Erklärungsansatz. Die soziale und ökonomische Realität der Menschen sollte, wenn es darum geht, wie Ideologien und entstehen, selbstverständlich nicht ignoriert werden – aber, dass Menschen ausschließlich aufgrund ihrer ökonomisch schwierigen Lage dazu determiniert sind, rechte Parteien zu wählen oder rechten Ideologien anzuhängen, ist schlichtweg falsch. Der Grund für eine erfolgreiche AfD ist Deutschland und seine Bevölkerung, sind deutsche Zustände. Genau diese Zustände aber führen nicht nur zu einer erfolgreichen AfD. Die AfD benötigte es nicht, um das Asylrecht zu verschärfen und repressive Funktionen des Staates auszuüben. Die AfD benötigte es nicht, in menschenverachtenden Asylpaketen die Grundrechte von Geflüchteten massiv zu beschneiden, das haben Sozialdemokrat*Innen und vermeintlich konservative Politiker*Innen auch alleine geschafft.

Eben diese Zustände also sind auch das Ziel unserer Forderungen und unseres Kampfes, den wir auf verschiedene Art und Weise führen.

Wir lehnen den Extremismus-Begriff ab

Wir sind als antifaschistischer Richtungsverband
210 der Überzeugung, dass es eine entschlossene und
kämpferische Praxis braucht, die nur auf einer klaren
Analyse der bestehenden Verhältnisse resultiert.

Die pragmatische und unideologische demokrati-
215 schen Mitte betrachten wir als einen bürgerlichen
Mythos. Die Konsequenz daraus, dass die Probleme
mit auftauchenden „Extremen“ außerhalb dieser
Mitte beginnen, ist viel mehr als lediglich ein Irrtum,
der aus einer fehlerhaften Analyse heraus entsteht.

220 Diese Analyse gibt all jenen, die sich auf eben diese
vermeintliche Mitte berufen, einen Freifahrtschein
zu rassistischer Hetze. Wir wissen, dass Rassismus,
Antisemitismus, Sexismus und Nationalismus so-
225 wie Homophobie keine Probleme vermeintlicher
„Extreme“ sind, sondern quer durch die politische
Landschaft, wie einige Äußerungen gewisser Teile
der Linkspartei und das sozialdemokratische Regie-
rungshandeln selbst beweisen, auch ein Problem der
230 politischen Linken ist.

Und wenn wir über eben jene rassistische, men-
schenverachtende Hetze reden, brauchen wir keine
Gegenfrage, was eigentlich mit anderen „Extremen“
235 sei. Es gibt Themen, die menschenverachtend sind, es
gibt Aussagen, die zutiefst rassistisch, antisemitisch,
sexistisch sind, aber die machen vor keiner politi-
schen „Richtung“ oder keiner politischen „Extreme“
halt. Sie sind in der vermeintlichen Mitte der Gesell-
240 schaft und müssen dort bekämpft werden.

**Sicherheit muss es auch für Asylbewerber*Innen
geben**

245 Die aktuellen Zustände für Asylsuchende sind nicht
ertragbar. Sie sind nicht nur durch den Erfolg der
AfD nicht ertragbar, sie sind auch deswegen nicht
ertragbar, weil menschenverachtende Ideologien
nicht nur sagbar, sondern -in den vergangenen
250 Jahren auch machbar wurden. Wir erlebten durch
verschiedene, von der Bundesregierung und somit
auch von der SPD durchgedrückte Asylpakete regel-
mäßige Eingriffe in die Freiheiten von Geflüchteten.
Auch deswegen konnten sich diejenigen, die durch
255 Brandanschläge auf Unterkünfte für Geflüchtete
versuchten, Menschen zu ermorden gewiss darin
sein, einen politischen Auftrag zu erfüllen. Der An-
griff muss also all jenen Strukturen gelten, die dies
ermöglichen. Das heißt für uns zunächst praktische
260 Solidarität. Wir sind solidarisch mit all jenen, die von
verschiedenen rassistischen Gesetzesverschärfungen
der letzten Jahre betroffen waren. Solidarität heißt,
politische Arbeit auf der Straße und in Bündnissen,
von der Demo bis zur durch aktiven Widerstand
265 erfolgreich verhinderten Abschiebung.

Es heißt aber gemäß der Doppelstrategie unseres
sozialistischen Richtungsverbands politische Arbeit in
den Parteien. Wir müssen endlich wieder zurück zu
270 einem Asylrecht vor dem Asylkompromiss mit einem
menschenwürdigen Anrecht auf Asyl!

Hierfür können die folgenden Maßnahmen eine Basis
sein, die es weiterzuentwickeln gilt:

275

- Das System der sogenannten „Zentralen Aufnah-
meeinrichtungen“ in Bayern, wie wir sie beispiels-
weise in Bamberg vorfinden abschaffen. Die rassis-
tische Politik der CSU-Landesregierung muss been-

280 det werden!

- Ablehnung des Dublin 4-Abkommens sowie aller bisheriger Dublin-Abkommen und stattdessen eine gesamteuropäische Lösung, die die Last von den südeuropäischen Staaten nimmt und die Geflüchtete nicht kriminalisiert und stigmatisiert. Kein Mensch ist illegal!
- Abschaffung der sicheren Herkunftsstaatenregelung. Menschen ohne Anhörung kategorisch auf Grund ihrer Herkunft deutlich schlechtere Chancen im Asylverfahren einzuräumen ist darf für eine sozialdemokratische Partei nicht tragbar sein!
- Abschaffung des momentanen separaten Asylbewerberleistungsgesetzes. Sonderregelungen bei Sozialleistungen für Geflüchtete sollte ihre besondere Situation aufgreifen. Es sollte nicht eine gezielte Benachteiligung schaffen, wie es momentan der Fall ist.
- Keine Obergrenze bei der Aufnahme von Asylsuchenden, denn es gibt kein Maximum an Grundrechten.

Neuaufstellung der Sicherheitsbehörden

Die letzten Jahre zeigen aber nicht nur eine rassistische Eskalation der Asyl- und Flüchtlingspolitik. Im Zeitraum der jüngsten großen Koalition kam es auch zu verschiedenen Vorfällen autoritärer Übergriffe durch Staatsorgane und zu einem massiven Ausbau repressiver Möglichkeiten. Die zu oft vorkommenden Übergriffe durch Polizist*Innen im Zusammenhang mit beispielsweise Demonstrationen, bei denen eine wirkliche Aufarbeitung meist aufgrund internen Strukturen verhindert wird, belegen dies. Auch ist die Polizei nicht gefeit davor, von menschenverachtenden Ideologien geprägt zu sein. Racial Profiling, Begriffe wie „Soko Bospurus“ oder auch der Fall Oury

Jalloh belegen das. Aus diesem Grund braucht es endlich eine wirkliche Kontrolle der Polizei durch verschiedene Akteur*Innen, innerhalb staatlicher Institutionen. Unser Ziel ist es, dass friedliche Demonstrant*Innen antifaschistische Initiativen und Journalist*Innen die Sicherheit haben, von den Sicherheitsbehörden effektiv geschützt zu werden – und nicht Angriffe befürchten müssen.

Im Zusammenhang mit dem NSU, aber auch durch viele andere Beispiele sehen wir nicht nur das Versagen von Polizei, sondern auch das Versagen des Verfassungsschutzes. Das Scheitern des Verfassungsschutzes liegt in seinen historischen und ideologischen Wurzeln. Die Extremismus-Theorie versagt als theoretisches Analyseinstrument, aber auch die geheimdienstliche Praxis ist nicht ausreichend für eine verlässliche und sichere Behörde. Eine Institution, die auf Grundlage eines politischen Kalküls ein solches Instrument nutzt ist nicht nur ineffizient, sie ist sogar gefährlich, wie das Versagen im Falle des NSU, das seine Gründe auch hierin hat, beweist. Die Gefahr, die durch Inlandsgeheimdienste in ihrer realen Arbeit ausging und ausgeht zeigt auch der Versuch einer politischen Aufarbeitung des gesamten NSU-Komplexes. Akten, die der demokratisch legitimierten Kontrollinstanz hätten zukommen sollen, wurden vernichtet oder erst nach langen Verzögerungen zur Verfügung gestellt. Selbst von den höchsten Stellen wurden entweder Aussagen verweigert oder die Ausschüsse wurden mit teilweise absurden Geschichten belogen. Alles in allem lässt sich festhalten, dass der Auftrag eine Verfassung zu schützen, durch die meisten Initiativen aus der Zivilgesellschaft oder wissenschaftliche Institutionen besser in den letzten Jahren stattgefunden hat, als es

durch den Verfassungsschutz getan wurde.

355 Eine Neuaufstellung heißt jedoch nicht, dass poli-
zeiliche Befugnisse erweitert werden müssen. Den
derzeit vorliegenden Gesetzesentwurf zur Ände-
rung des Polizeiaufgabengesetzes (PAG) lehnen wir
entschieden ab. Ein Einsatz von Gesichtserkennungs-
software auf jeder Demo, ein Auslesen, Speichern
360 und sogar eine Änderung von Daten aufgrund einer
drohenden Gefahr, verdeckte Ermittlungen in Pri-
vaträumen, die Anwerbung von V-Leuten und eine
mögliche Unendlichkeitshaft, die es ermöglicht, drei
Monate ohne richterliche Kontrolle im Gefängnis
365 zu sitzen mit Verlängerungsmöglichkeiten – diese
Entwicklung in der bayerischen Sicherheitspolitik
lässt einen erschauern. Ein veränderter Gefahren-
begriff und geheimdienstliche Befugnisse schaffen
sicherlich kein mehr an Sicherheit, sie sind Augen-
370 wischerei, gerade im Hinblick auf die wirklichen
Probleme in diesem Bereich. Gerade auch durch die
Schaffung einer sogenannten Grenzpolizei fehlen
den Polizeiinspektionen Menschen vor Ort, die das
Tagesgeschäft bewältigen können. Schon jetzt weicht
375 die Soll- von der Ist-Stärke eklatant ab. Ein Rückgang
der Kriminalität ist sicherlich nicht durch ein Mehr
an Repression zu bewerkstelligen, sondern durch ein
Mehr an Prävention.

380

Aus der hier beschriebenen Analyse leiten wir folgen-
de politische Maßnahmen ab:

- 385 • Kennzeichnungspflicht für Polizist*Innen, die es er-
möglicht, bei Straftaten im Amt die richtigen Tä-
ter*Innen zu ermitteln oder Zeugen ausfindig zu

machen

- Die Abschaffung des Verfassungsschutzes
- 390 • Eine Parlamentarische Kontrollkommission für die bayerische Polizei, ähnlich wie es beim Inlandsgeheimdienst der Fall ist.
- Interne Ermittlungen bei der Polizei müssen endlich durch unabhängige Stellen und nicht durch Kolleg*Innen durchgeführt werden. Der hohe soziale Druck innerhalb von Polizeieinheiten verhindert oft eine Aufklärung von im Dienst begangenen Straftaten.
- 395
- Abschaffung des USKs, es handelt sich um eine ausschließlich in Bayern vorkommende Polizeieinheit mit rechtstaatlichen Mindestansprüchen nicht ausreichenden Sonderrechten.
- 400
- Abschaffung der Vorratsdatenspeicherung! Die anlasslose Speicherung Millionen von Daten verschiedener Menschen ist nicht einmal mit liberalen Mindest-Standards einer bürgerlichen Demokratie zu vereinen, zudem können die Befürworter*Innen bis heute keinen vollständigen Beleg für ein höheres Maß an Sicherheit durch die VDS vorbringen.
- 405

410

Zusammengefasst fordern wir die Sicherheit, dass wir und auch die Generation nach uns ein würdevolles Leben führen können. Wir möchten nicht weniger als eine sichere Kranken- und Rentenversicherung, die Sicherheit, auch in der Arbeitslosigkeit von der Gesellschaft unterstützt und gefördert zu werden. Wir verlangen die Sicherheit, auch in Zukunft noch eine schöne Wohnung finden zu können, ohne Unsummen an Geld auf den Tisch legen zu müssen. Wir bestehen auf die Sicherheit, auch ohne Geld lernen und sich fortbilden zu dürfen. Wir möchten die Sicherheit vor privaten Konzern- und Profitinteressen, wir möch-

415

420

ten in Sicherheit vor einem grenzenlosen und men-
425 schenverachtenden Kapitalismus leben. Wir möchten,
dass Sicherheit nicht Deutsch, sondern solidarisch ist.
Wir verlangen Solidarität mit Geflüchtete, mit Men-
schen aller Religionen, jeder Herkunft – mit allen Men-
schen ungeachtet ihres Status, ihrer Herkunft oder ih-
430 rer Identität. Mit diesem Antrag schlagen wir vor, dass
die SPD endlich auch für eine gute Sicherheitspolitik
bekannt wird – für eine alternative, menschliche Si-
cherheitspolitik, die sich gegen eine autoritäre und na-
tionalistische Politik stellt. Nur das kann unsere SPD
435 sein.